

# Zukunftsprozess Fessenheim

## Großes Zukunftspotential im Herzen Europas

Klaus Schüle

*Der nachfolgende Beitrag schildert die Anfänge und Entwicklungsgeschichte des Zukunftsprozesses Fessenheim: von der Phase der Diskussionen um die Abschaltung des ältesten französischen Kernkraftwerks am Oberrhein hin zu den gemeinsamen französisch-deutschen Überlegungen und Plänen für die Region Fessenheim.* (Stand: 1.7.2020)

Die 2012 verkündete Entscheidung von Staatspräsident Hollande, mit Fessenheim das älteste Kernkraftwerk Frankreichs abzuschalten, das neue französische Energiegesetz<sup>1</sup> und die Notwendigkeit, die Region rund um Fessenheim nach der Schließung des KKW neu aufzustellen: dies sind die Eckpunkte, sie bilden den großen Rahmen für den Zukunftsprozess Fessenheim.

Nun, der Reihe nach. Die Anfänge der Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Fessenheim begannen mit der Entscheidung für den Bau der Anlage, die schließlich 1977 in Betrieb ging. Auf der französischen Seite gab und gibt es nach wie vor einen starken Rückhalt für den Betrieb von Kernkraftwerken, auch wenn es immer eine aktive ökologische Bewegung im Elsass gab, die der Atomenergie kritisch gegenüberstand (und steht). Auf der deutschen Seite nahm die Ablehnung der »centrale nucléaire« im Laufe der Jahre immer mehr zu. Maßgeblich dafür war das Erstarken der ökologischen Bewegung rechts des Rheins, bald parteiübergreifend getragen von weiten Bevölkerungskreisen.

Trotz der Diskussionen war die französische Seite immer darum bemüht, die deut-

sche Seite an der lokalen Begleitgruppe für das AKW zu beteiligen. In der CLIS (Commission Locale d'Information et de Surveillance) konnten das Regierungspräsidium und das Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald von Anfang an mitwirken. Hier ging es um Sicherheitsfragen rund um das KKW. Die Sitzungen der CLIS wurden damit auch ein zentraler Platz für die Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk. Im Gegenzug wurde die französische Seite übrigens auch an den lokalen Begleitgruppen für das KKW Philippsburg beteiligt.



Blick auf das KKW Fessenheim mit den beiden Kühltürmen der inzwischen abgeschalteten Reaktoren (Foto: EDF)

## Schwieriger Anlauf des Zukunftsprozesses

In der ersten Phase des Zukunftsprozesses Fessenheim war von allen Beteiligten viel Geduld gefordert. Zwischen der ersten Ankündigung des Präsidentschaftskandidaten Francois Hollande vom Mai 2012, das KKW bis Ende 2016 stillzulegen, und der tatsächlichen Stilllegung am 30. Juni 2020 lagen acht herausfordernde Jahre. Dazwischen gab es 11 avisierte Termine, die allesamt nicht eingehalten werden konnten.

Was der Präsident wohl nicht bedacht hatte, war zum einen die fehlende gesetzliche Grundlage. Das für die Stilllegung nötige Energiewendegesetz »Loi de transition« kam schließlich 2015. Unterschätzt hatte Hollande zum anderen auch den Widerstand der EDF und deren damaligen Forderung, Fessenheim erst abzuschalten, wenn im Gegenzug das geplante KKW Flamanville ans Netz gehe. Zu guter Letzt musste die Europäische Kommission noch das Entschädigungsabkommen des französischen Staates mit der EDF absegnen. Das alles kostete Zeit.

Seit der ersten Ankündigung einer möglichen Stilllegung wurden im südlichen Elsass

bereits Überlegungen angestellt, was in der Region passieren sollte, wenn Fessenheim abgeschaltet wird. Bereits 2016 gab es auf französischer Seite einen Beauftragten für »Post Fessenheim«, aber noch fehlte dem Prozess die Dynamik und die Unterstützung aus Paris.

## Macrons Zusage an die Region

Die Wende brachte schließlich ein Besuch von Staatspräsident Emmanuel Macron 2017 auf dem Hartmannsweiler Kopf. Gemeinsam mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier weihte er dort das neu errichtete Dokumentationszentrum ein, das Deutschland und Frankreich zum 100-jährigen Gedenken an den Ersten Weltkrieg gemeinsam konzipiert hatten.

Es gab im Anschluss ein Arbeitstreffen des französischen Staatspräsidenten mit den politisch Verantwortlichen aus dem Elsass. Zwei Ergebnisse waren wesentlich. Zum Einen versprach Macron der Bevölkerung nach der Stilllegung des KKW eine Neuaufstellung der Region. Er sprach von einem exemplarischen Prozess, der als Blaupause dienen solle – auch mit Blick auf die geplante Stilllegung von weiteren Reaktoren in Frankreich

entsprechend dem französischen Energiewendegesetz. Zum Zweiten konnte Macron dafür gewonnen werden, zur Aufwertung der Region die Wiederherstellung der Direktverbindung Colmar–Freiburg zu unterstützen. Insbesondere das Argument, dass es die einzige Linie zwischen Deutschland und Frankreich ist, die seit 1945 nicht wiederhergestellt wurde, war für ihn »zugkräftig«.<sup>2</sup>



Für die Bahnstrecke von Colmar nach Freiburg soll die im Krieg zerstörte Rheinbrücke zwischen Neuf Brisach und Breisach wieder aufgebaut werden. (Foto: Landratsamt Freiburg-Hochschwarzwald)

Es ist schon wirklich bemerkenswert, ja bewegend, dass ausgerechnet auf dem Hartmannsweiler Kopf, 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, solche verbindenden Zukunftsideen entwickelt wurden!

## Über Jahrzehnte gewachsenes Grundvertrauen entscheidend

Sébastien Lecornu, Staatssekretär und enger Vertrauter des Staatspräsidenten, wurde zum politischen Koordinator für die Neuaufstellung der Region. Mit Elan ging er ans Werk und berief für April 2018 die erste Sitzung des Lenkungsausschusses »post Fessenheim« nach Colmar ein.

Dass zu dieser Sitzung im April 2018 auch die deutsche Seite eingeladen wurde, war keine Selbstverständlichkeit. Hier zahlte sich aus, dass über die Jahrzehnte ein Grundvertrauen zwischen den Akteuren am Oberrhein gewachsen war.

Ein besonders gutes Vertrauensverhältnis haben – aufbauend u. a. auf den traditionell seit den 60er Jahren stattfindenden Deutsch-Französischen Behördengesprächen – Präfekt Laurent Touvet und Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer aufgebaut. Bei einem Arbeitessen im November 2017 in Freiburg bot die Regierungspräsidentin die Unterstützung der deutschen Seite für eine Neuaufstellung der Region Fessenheim an. Präfekt Touvet, der unmittelbar danach für den Staat zur Koordinierung des Zukunftsprozesses auftragt

wurde, nahm dieses Angebot an. Es war auch ihm ein großes Anliegen, diesen Prozess französisch-deutsch gemeinsam zu entwickeln.<sup>3</sup>

Die Kommunen auf der deutschen Seite standen hinter dem Grundansatz des Regierungspräsidiums Freiburg. Oliver Rein, Bürgermeister von Breisach und sein Kollege Schuster aus Neuenburg sagten: »Wir haben lange gegen das KKW gekämpft, jetzt müssen wir auch bereit sein, bei der Neuaufstellung der französischen Seite zu helfen, wenn sie das wünscht«.

Und genau so kam es. Deshalb wurde bei der ersten großen Sitzung des Lenkungsausschusses unter Leitung von Sébastien Lecornu im April 2018 im großen Saal der Präfektur in Colmar die deutsche Seite (Regierungspräsidium Freiburg, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, IHK Südlicher Oberrhein) mit eingeladen. Die Sitzung verlief erfolgreich. Nach der Eröffnung und Einleitung von Sébastien Lecornu wurde das Kooperations-



Erstes Arbeitstreffen zur Gestaltung des Zukunftsprozess Fessenheim 2018 in Colmar, 1. Reihe v.li.n.re. Brigitte Klinkert, Präsidentin des Départementalrats Haut-Rhin, Jean Rottner, Präsident der Région Grand Est, Sébastien Cornu, Beauftragter des Staatspräsidenten für Fessenheim, Gastgeber Laurent Touvet, Präfekt Haut-Rhin, Bärbel Schäfer, Regierungspräsidentin, Dr. Klaus Schüller, Regierungspräsidium Freiburg. (Fotos: RP Freiburg)

angebot von Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer sehr wohlwollend aufgenommen und entspannte die Atmosphäre auch bei denen, die sich auf der französischen Seite immer noch für einen Weiterbetrieb einsetzten. Dabei war die Anspannung auf der französischen Seite spürbar: Wie konkret wird Paris der Region helfen?

Vor allem bezüglich der Direktanbindung Colmar–Freiburg verlief die Sitzung sehr gut. Die Grundlage dafür hatte am Tag zuvor Ministerpräsident Winfried Kretschmann gelegt: er hatte Staatssekretär Lecornu zugesagt, dass Baden-Württemberg sich entscheidend an den Kosten für eine Machbarkeitsstudie beteiligen werde. Am Ende der vierstündigen Sitzung in Colmar war allerdings noch immer nicht klar, wie es ganz konkret mit Colmar–Freiburg weitergehen würde. Wer lädt wen ein, wie ist der Zeitplan etc? Das Regierungspräsidium Freiburg machte daher den Vorschlag, sofort eine konkrete Arbeitsgruppe dafür einzusetzen. Sébastien Lecornu nahm den – auch von Präsidentin Brigitte Klinkert stark unterstützten – Vorschlag umgehend auf und beauftragte noch in der Sitzung den anwesenden Regionalpräfekten Jena-Luc Marx, rasch einen Lenkungsausschuss (COPII) einzuberufen und auch die deutsche Seite einzuladen.

Das war der Ursprung für eine erfreuliche Entwicklung. Denn, nun musste die deutsche Seite Farbe bekennen. Dass der Bund am Ende die Machbarkeitsstudie bzw. Potentialstudie (400 000 Euro, mit EU-Interreg-Mitteln) unterstützte, ist maßgeblich Andreas Jung, dem Vorsitzenden der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe, zu verdanken. Er konnte den

Haushaltsausschuss des Bundestages überzeugen, dass dem Bundesverkehrsministerium hierfür Geld zur Verfügung gestellt wird.

Rückenwind für die Strecke Colmar–Freiburg und den Zukunftsprozess Fessenheim brachte dann noch die neue Dynamik der Deutsch-Französischen Zusammenarbeit durch die Neuauflage des Elysée-Vertrages im Januar 2019 in Aachen.

## Einmaliges historisches Zeitfenster erfolgreich genutzt

In engem Austausch mit den Bundestagsabgeordneten Andreas Jung und Franziska Brantner haben wir vom Regierungspräsidium aus dieses einmalige historische Zeitfenster genutzt. Es ist uns gelungen, auch mit Hilfe der Landesregierung unsere Kernforderungen aus dem Oberrhein rund um Fessenheim im sog. Aachener Vertrag vom 22. Januar 2019 zu verankern: u. a. die Einrichtung eines Ausschusses unter Beteiligung der Mitglieder der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe und gleichzeitig eine Prioritätenliste mit ganz konkreten Projekten, darunter der Zukunftsprozess Fessenheim sowie die Wie-



Erste Visualisierung des geplanten Wirtschafts- und Gewerbeparks.  
(Foto: Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald)



derherstellung der Schienenverbindung Colmar–Freiburg.

Mit dieser Rückendeckung nahm der Zukunftsprozess Fessenheim weiter Fahrt auf, indem sich das Staatsministerium Baden-Württemberg nicht nur einschaltete, sondern den Prozess auch mit Nachdruck und tatkräftig unterstützte und Mitverantwortung übernahm. Im Februar 2019 – wenige Tage nach Unterzeichnung des Aachener Vertrages – wurde die Absichtserklärung von Volgelsheim unterzeichnet. Damit wurde auch die Deutsch-Französische Zusammenarbeit formell verankert. Hier sind in allgemeiner Form die Ziele des Zukunftsprozesses Fessenheim zusammengefasst. Einziger Dissenspunkt – so auch im Dokument verankert – war und ist die Realisierung eines sog. Technocentre.

### Zukunftsprozess Fessenheim erhält einen Rahmen

Die Zusammenarbeit wurde wie folgt »institutionalisiert«: Der Gesamtprozess steht unter Leitung von Staatssekretär Sébastien Lecornu, inzwischen hat diese Rolle Staatssekretärin Wargon übernommen. Die große Runde der Beteiligten trifft sich halbjährlich zu einem Lenkungs Ausschuss in Colmar. Davor bzw. dazwischengeschaltet ist das Bureau Executif, in dem alle Unterzeichner von Volgelsheim vertreten sind. Außerdem gibt es 10 Arbeitsgruppen, darunter die Arbeitsgruppe 8, hier finden die Deutsch-Französischen Abstimmungsgespräche statt, quasi als Verstärkung und zur Vorbereitung der Sitzungen des Bureau Executif und des großen Lenkungs Ausschusses.

Im Verlauf des Jahres 2019 und 2020 machte der Zukunftsprozess Fessenheim weitere Fortschritte:

### Deutsch-Französischer Wirtschafts- und Innovationspark geplant

Staatssekretär Sébastien Lecornu besuchte im April 2018 den Gewerbepark Breisgau. Er war so beeindruckt, dass er im Lenkungs Ausschuss sagte, so einen Gewerbepark wolle er auch nördlich von Fessenheim haben, aber einen Deutsch-Französischen Wirtschafts- und Innovationspark.

Dies führte in der Folge zur Vorbereitung der Gründung einer Société d’Economie Mixte (SEM), einer gemischt-wirtschaftlichen Gesellschaft, um den Gewerbepark zu managen. Eine Satzung für die SEM liegt inzwischen vor. Darin ist vorgesehen, dass deutsche Kommunen, darunter Freiburg und Breisach, mitarbeiten, auch der Landkreis und die IHK sollen mit insgesamt 120 000 Euro vertreten sein. Das Gründungskapital ist mit 1 Millionen Euro veranschlagt, damit die SEM arbeitsfähig ist.

Die konzeptionelle Frage, wie die SEM gegenüber dem Eigentümer agieren kann, ist noch nicht geklärt. Auch die Frage der Rechtsform (Expermentierklausel, Aachener Vertrag) ist noch nicht angepackt worden. Hier liegt noch viel Arbeit an.

### Leuchtturmprojekte mit europäischer Ausstrahlung

Von Beginn an haben wir uns im Regierungspräsidium Gedanken gemacht, inwieweit es uns gelingen kann, im Zusammenhang mit der Neuaufstellung der Region um Fessenheim ein innovatives Leuchtturmprojekt mit Deutsch-Französischer oder gar europäischer Ausstrahlung zu realisieren.

Unsere Grundidee ist es, auf dem Gelände des KKW, vor allem aber auf dem Gelände



Die Projekte für den F-D- Wirtschafts- und Innovationspark werden in engem Austausch mit dem Universitäten und Hochschulen am Oberrhein (Eucor, TriRhenaTech) und dem Fraunhofer Institut für solare Energiesysteme (ISE) entwickelt. (Foto: Baschi Bender, Universität Freiburg)

des Deutsch-Französischen Wirtschafts- und Innovationsparks zusätzlich zu Gewerbesiedelungen mehrere Innovationsprojekte im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zu realisieren. Vorschläge für diese Projekte entwickeln wir – auch maßgeblich ausgehend von einem Workshop unter Leitung von Staatssekretär Ratzmann und einem Staatssekretär aus dem Bundesinnenministerium im Dezember 2019 – in engem Austausch mit dem Universitätsverbund EUCOR und dem Fraunhofer-Institut für solare Energiesysteme (ISE) sowie der Region Grand Est.

Erste Elemente eines Gesamtkonzeptes konnte beim Besuch der französischen Umwelt- und Verkehrsministerin Borne in der Region Fessenheim am 21. Februar 2020, also einen Tag vor der Stilllegung von Reaktor 1, präsentiert werden. Das war umso wichtiger,

weil Ministerin Borne erneut eine Idee der EDF, das sog. Technocentre, ins Spiel brachte. Nach eigenen französischen Angaben würde es von der notwendigen Genehmigung bis zur Inbetriebnahme 9 Jahre dauern und 150 Arbeitsplätze schaffen. Mit den von EUCOR und dem Fraunhofer entwickelten Projekte – so unsere Überzeugung – kann man viel schneller vorankommen und mehr Arbeitsplätze schaffen.

Genau für diese Linie entschied sich vom Grundansatz das Bureau Executif im Juni 2020 und es wird jetzt darauf ankommen, so rasch und konkret wie möglich gemeinsam die entscheidenden Zukunftsprojekte etwa im Bereich des grünen Wasserstoffs und der Batterietechnik zu identifizieren und mit Blick auf deren Umsetzung voranzubringen.

Was jetzt schon konkret am 29. Juni 2020 – einen Tag vor der endgültigen Stilllegung des KKW – auf den Weg gebracht wurde: die Finanzvereinbarung für eine vertiefte Machbarkeitsstudie mit Finanzmitteln in Höhe von 3, 5 Mio Euro (die Hälfte der Mittel kommen über Interreg von Europa). In zwei Jahren werden jetzt die SNCF (Projektträger) und die DB Netz auf Grundlage vertiefter Untersuchungen der deutschen und französischen Regierung die Möglichkeit geben, ein entscheidungsreifes Bauprojekt vorzulegen.

### Zukunftsprozess Fessenheim – ein schwieriger Weg mit viel Zukunftspotential

Der Zukunftsprozess Fessenheim ist immer noch eher am Beginn seiner Entwicklung, aber er hat schon ordentlich Fahrt aufgenommen. Die Vision ist, u. a. eine Modellregion für erneuerbare Energien, Zukunftsprojekte, einen Deutsch-Französischen Innovationspark und die Linie Colmar–Freiburg zu realisieren.

Das wird noch ein schwieriger Weg. Aber wenn das Vertrauen zwischen französischen und deutschen Partnern anhält, ja noch vertieft werden kann, dann wird dieser Zukunftsprozess Frankreich und Deutschland noch mehr zusammenwachsen lassen. Und er integriert sich modellhaft in den Green Deal Europas! Er ist damit auch ein wertvoller Beitrag für ein »Europa von unten« – oder anders ausgedrückt, wir können zeigen: Europa macht's möglich!

- 1 Französisches Energiegesetz »Transition énergétique pour la croissance verte«, das die Nationalversammlung in Paris 2015 beschlossen hat. Demnach soll der Ausstoß von Treibhausgasen deutlich sinken, weniger Energie verbraucht und mehr Strom aus erneuerbaren Quellen produziert werden. Der Atomstrom-Anteil am Strommix soll von heute 75 Prozent auf 50 Prozent im Jahr 2025 gesenkt werden. Die Gesamtleistung des Atomkraftwerksparks soll die aktuell installierte Leistung von 63,2 Gigawatt nicht mehr überschreiten. Neue Leistung darf also nur installiert werden, wenn vorhandene Kapazitäten abgeschaltet werden.
- 2 Der erste maßgebliche Politiker, der in diesem Zusammenhang die Wiederherstellung der Direktverbindung Colmar–Freiburg 2015 öffentlich ins Spiel brachte, war Eric Straumann (Präsident des Conseil Départemental du Haut-Rhin). Er thematisierte diese Forderung bei einem Deutsch-Französischen Bürgermeistertreffen in Breisach. Der Verein TransRhinRail hatte das Projekt schon lange gefordert und es gab erste Bemühungen zur Wiederherstellung der Direktanbindung in den Jahren 2003/2004.
- 3 In der Stabstelle für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Regierungspräsidiums haben wir für den anlaufenden regionalen Entwicklungsprozess um Fessenheim versucht, mit dem Begriff »Zukunftsprozess Fessenheim« (ZP) einen die Entwicklung auf den Punkt bringenden Begriff zu positionieren. Offenbar ist uns gelungen – er hat sich erfreulicherweise allgemein und bis in den Aachener Vertrag hinein durchgesetzt!



Dr. Klaus Schüle  
Regierungspräsidium Freiburg  
Leiter der Stabsstelle für  
grenzüberschreitende  
Zusammenarbeit u. europäi-  
sche Angelegenheiten (SGZE)  
Kaiser-Joseph-Str. 167  
79098 Freiburg i. Breisgau  
Klaus.schuele@rpf.bwl.de